

Ohne „Sinn und Zweck“: Das Betreuungsgeld der Union

Der „Anreiz contra Krippe“

Jan Almstedt - 18. November 2011 – Quelle: www.spd.de

Das Betreuungsgeld der Union steht im Widerspruch zum Schuldenabbau und zu bildungspolitischen Zielen – auch denen, die die CDU vor wenigen Tagen auf ihrem Parteitag beschlossen hat. Der Familienministerin will trotzdem Geld an alle Eltern verteilen, die ihr Kind von der Kita fern halten. Gänzlich frei von „Sinn und Zweck“, wundert sich Manuela Schwesig.

„Jedes Kind braucht den Zugang zur Bildung und soll seine Talente entwickeln können, unabhängig von seiner sozialen und kulturellen Herkunft“, steht im Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“, auf den sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag vor wenigen Tagen erst geeinigt hatte. „Deshalb“, so heißt es weiter, „darf es keine Hürden für den Besuch einer Kindertagesstätte geben“. Denn: „Wissenschaftliche Untersuchungen belegen eindrucksvoll die überragende Bedeutung der ersten Lebensjahre für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg.“

Und an anderer Stelle: „Eine pädagogisch qualifizierte Förderung in den ersten Lebensjahren leistet einen wichtigen Beitrag, Kinder zum Lernen zu ermutigen. Neben der Förderung im Elternhaus und in der Familie hat der Besuch einer Kindertagesstätte mit vielfältigen Bildungsangeboten für Kinder eine positive Wirkung auf ihren späteren Bildungserfolg.“

Parteiübergreifend würde kaum jemand diesen Feststellungen widersprechen. Sie sind ebenso in der Fachwelt wie in der Politik unumstritten. Und darum wollte auch – fast – niemand das Betreuungsgeld. Eigentlich hält nur die CSU das Instrument für eine gute Idee. Sie aber hat sich durchgesetzt: Darin, dass überhaupt die Prämie gezahlt wird, wenn Eltern ihre Kinder nicht in die Kita schicken. Darin, dass es keine Sach- sondern eine Barleistung sein soll – worin Kritiker die große Gefahr sehen, dass vor allem bildungsferne Schichten lieber das Geld als Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Und zuletzt auch darin, dass alle Eltern das Betreuungsgeld bekommen sollen – egal, ob berufstätig oder nicht. Einzige Bedingung ist: keine Kita! Andere Formen der Betreuung – Tagesmütter etwa – sollen aber erlaubt sein. Das hat die Familienministerin aktuell in der „Passauer Neuen Presse“ (Freitag) angedeutet.

Schwesig: Geld muss in den Betreuungsausbau

Sinn und Zweck des geplanten Betreuungsgeldes, der „Fernhalteprämie“, wie es die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig nennt, erkenne auch in

der Bundesregierung niemand mehr. „Zu Recht“, sagt sie: „Es ist und bleibt eine völlig unsinnige Maßnahme.“

Denn Kindern werde die Chance auf frühe Förderung und Bildung verbaut - und zwar in allen sozialen Schichten. „Denn für Mütter mit geringem Einkommen ist sie ein Anreiz für längere Erwerbsunterbrechungen - für Familien mit höheren Einkommen ein Anreiz contra Krippe und pro Babysitter“, so Schwesig.

Besonders ärgert die Sozialdemokratin, dass gleichzeitig der Ausbau der Kinderbetreuung stockt. Ab 2013 haben Eltern darauf einen Rechtsanspruch, und kürzlich wies das Statistische Bundesamt nach, dass noch rund 230.000 Plätze fehlen. Das, so Schwesig, „sollte allen politisch Verantwortlichen noch einmal deutlich gemacht haben, wie dringend jeder Euro für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz ab 2013 gebraucht wird - und zwar sowohl für den Bau von Einrichtungen als auch für die Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften“.

Stattdessen plant nun aber die Familienministerin, bis zu zwei Milliarden Euro jährlich für die Förderung von privaten Betreuungslösungen - oder gar keine - „zu verschleudern“.